

# Ausländische Armeen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **137 (1971)**

Heft 5

PDF erstellt am: **24.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gestützt auf den Bericht der Kommission Oswald hat man die Formen in der Armee vereinfacht und vieles abgeschafft, was mit dem Kriegsgenügen nichts zu tun hatte und der heutigen sozialen Wirklichkeit nicht mehr entsprach. So hat man es erfreulicherweise den Wehrmännern weitgehend überlassen, ihre Haartracht selbst zu bestimmen. Und in der Tat: Für das Kriegsgenügen ist es gleichgültig, ob der Mann seine Pflicht mit langen oder kurzen Haaren tut. Einheitlichkeit des Aussehens ist ja für sich allein nicht erstrebenswert. Es widerspricht unserer freiheitlichen Staatsauffassung, die persönliche Freiheit mehr als vom Zweck her gefordert einzuschränken. Der Vorgesetzte muß sich nun nicht mehr verpflichtet fühlen, bei seinen Leuten Dinge durchzusetzen, deren innere Begründung fehlte, und kann sich darauf konzentrieren, dort konsequent zu verlangen, wo es wirklich darauf ankommt. Leider hat man beim Haarschnitt nicht gewagt, die Grenze eindeutig dort zu ziehen, wo sie von der dienstlichen Notwendigkeit her gesehen hingehört. Falls eine Haartracht den Mann zum Beispiel daran hindert, zu zielen, weil ihm die Haare die Sicht beeinträchtigen, oder wenn sie die Gasmasken undicht machen, dann – und nur dann – ist der Befehl, abzuschneiden, dienstlich begründet und berechtigt. Die jetzige Regelung zwingt den Vorgesetzten immer noch, Dinge durchzusetzen, die mit

den dienstlichen Notwendigkeiten nichts zu tun haben. Oder will jemand ernstlich behaupten, es störe bei der Erfüllung dienstlicher Obliegenheiten, wenn die Haare im Nacken am Kragen aufstehen? Es gibt denn auch bereits vereinzelt Offiziere, die verlangen, die Haare dürften auch dann nicht aufstehen, wenn man den Kopf nach hinten neigt. Und neuestens hat man den Kommandanten ein bebildertes Blatt mit Beispielen für erlaubte und verbotene Haartrachten abgegeben. Das zeigt, daß man wieder im Begriff ist, sinnlos Zeit, Geld und Energie für etwas aufzuwenden, das nicht nötig ist.

Auch die Grußpflicht wurde, der sozialen Wirklichkeit entsprechend, abgeschafft. Endlich! So braucht niemand mehr ein schlechtes Gewissen zu haben, weil er täglich mit ansehen muß, wie eine Vorschrift mißachtet wird. Im gleichen Sinn wäre es richtig, den Zwang abzuschaffen, daß der Kopf stets bedeckt sein muß. Wer durch den Hauptbahnhof Zürich geht, kann täglich Soldaten in durchaus korrekter Uniform sehen, aber die Mütze tragen viele im Gurt oder unter dem Arm, und wieder haben wir die ärgerliche Diskrepanz zwischen Vorschrift und sozialer Wirklichkeit. Warum also an dieser veralteten Vorschrift festhalten? Durchgesetzt wird sie ja, wie der Augenschein zeigt, nicht. Aus irgendwelchen militärischen Gründen notwendig ist das Mützentragen im Ausgang gewiß nicht, auch wenn früher manch hoher Herr darauf großen Wert legte.

## Ausländische Armeen

### Bundesrepublik Deutschland

Vom 26. Februar bis zum 23. März hat die westdeutsche Luftwaffe durch Abstürze total 8 «Starfighter»-Maschinen verloren, wodurch nun bisher 135 dieser Hochleistungsflugzeuge abstürzten – eine ganze Luftflotte. Bei der jüngsten Absturzserie innerhalb eines Monats kamen 5 Piloten ums Leben, während sich die andern mit Hilfe des Schleudersitzes retten konnten. Bisher verloren insgesamt 66 Piloten der Bundeswehr bei «Starfighter»-Abstürzen das Leben.

Als dritter und letzter der in den USA erbauten deutschen Raketenzerstörer ist die 4500 t große «Rommel» in ihrem Heimathafen Kiel eingetroffen, nachdem das Schiff während eines halben Jahres in amerikanischen Gewässern erprobt und auf volle Einsatzbereitschaft gebracht worden war. Das modernste der drei deutschen Zerstörergeschwader ist nun vollständig. Dank seiner weiträumigen Waffenwirkung und den elektronischen Radar- und Führungssystemen bringt dieser Flottenverband eine wesentliche Entlastung für die deutsche Bundesmarine in der Erfüllung der ihr von der NATO übertragenen Aufgaben. z

### Frankreich

Vor den Schülern einer Militäranstalt in Paris erklärte der französische Staatspräsident Pompidou, es komme für Frankreich nicht in Frage, jemals wieder Mitglied des integrierten Militärsystems der NATO zu werden, aus dem

es sich 1967 zurückzog, obwohl zahlreiche NATO-Mitgliedstaaten die Rückkehr Frankreichs gerne sähen. Pompidou betonte allerdings auch, daß es den Interessen und der Tradition Frankreichs entspreche, «der westlichen Allianz treu zu bleiben», doch sei es die Aufgabe Frankreichs, seine «Entschlußfreiheit beizubehalten». Der Rückzug aus dem militärischen System der NATO sei von jenem Augenblick an vorausgesehen gewesen, als sich Frankreich eine eigene Atomstreitmacht zulegte.

Daß Frankreich die Politik der «strategischen Unabhängigkeit» gegenüber den USA, der EWG und Großbritannien – im Sinne de Gaulles – fortsetzen will, kam auch in einem in der Aprilnummer der Zeitschrift «Foreign Affairs» vom französischen Verteidigungsminister M. Debré veröffentlichten Artikel zum Ausdruck. Debré, der zuvor darauf hingewiesen hatte, daß die amerikanische Strategie «ein nukleares Schlachtfeld in Europa» einkalkuliere, betonte, daß die Verteidigung Frankreichs nur auf einer nationalen Grundlage beruhen könne. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der atlantischen Allianz seien «aufrichtiger» geworden, meinte er, da man «das Dogma von der absoluten Interessengleichheit der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten» aufgegeben habe. Ein Teilen der französischen Nuklearmacht mit den übrigen europäischen Ländern hält der französische Verteidigungsminister für undurchführbar. Nach seiner Auffassung wäre die politische Einheit des europäischen Kontinents die Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Atomstrategie. Diese politische Einheit sei jedoch nicht vorhanden, denn sie sei nicht nur eine Frage der Institutionen. Es fehlten noch ein «kollektives Gewissen», gemeinsame Vorstellungen über die Zukunft des Kontinents und «ein europäischer Patriotismus». Auch eine auf Frankreich und Großbritannien beschränkte nukleare Zusammenarbeit hält Debré auf Grund der «privilegierten Stellung» Großbritanniens gegenüber

den USA für unmöglich. Schließlich vergißt Debré nicht, zu erwähnen, daß Deutschland vom Zugang zu Atomwaffen ja nach wie vor ausgeschlossen ist, und vertritt die Meinung, daß ganz Westeuropa einen Nutzen von der französischen Atomwaffe habe. Die französische Atomstreitmacht würde nur in einer «allgemein als ernst anerkannten Lage» eingesetzt. Die «nationale Strategie Frankreichs» erhebe nicht den Anspruch, alle Probleme einer nuklearen Verteidigung Europas zu lösen, doch sei sie in dem Sinne «grundlegend», daß Frankreich dadurch die Möglichkeit erhalte, «einer unabhängigen Politik in Europa im Dienste der kollektiven Sicherheit Geltung zu verschaffen.»

Zu den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) sagte Debré, daß diese den «Graben zwischen Europa und den USA vertiefen» könnten.

Frankreich und die Sowjetunion haben ein Abkommen über die Anreicherung französischer Urans in sowjetischen Isotopentrennanlagen geschlossen. Französisches Uran soll anfangs 1973 in die Sowjetunion geschickt und von dort nach seiner Anreicherung wieder nach Frankreich geliefert werden. Die Anreicherung erfolge «zu Weltmarktpreisen». Dieses Uran ist für das künftige Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß bestimmt.

Zwei «Mirage III» der französischen Luftwaffe stießen am 3. März in der Gegend von Digne in Südfrankreich zusammen. Beide Piloten konnten sich mit dem Schleudersitz retten, doch wurde der eine verletzt. z

### Großbritannien

Das anfangs März von der britischen Regierung im Unterhaus nach zweitägigen Beratungen durchgebrachte Verteidigungsbudget für 1971/72 beläuft sich auf knapp 2,5 Milliarden

Pfund Sterling und beträgt damit 5,5% des britischen Bruttosozialproduktes. Von dieser Summe sind neun Zehntel für die Stärkung der NATO in Europa bestimmt. Wie Premierminister Heath erklärte, ist England «stolz auf den Beitrag, den es zur NATO leistet». England beteilige sich als einziges europäisches Land an den strategischen Atomstreitkräften der westlichen Militärallianz (ein Hieb gegen Frankreich) und leiste, gemessen am Bruttosozialprodukt, einen bedeutenderen Beitrag zur NATO «als irgendeine andere der verbündeten Mächte (wohl an die Adresse Bonn gerichtet). Das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz machte der britische Regierungschef vom Erfolg der Gespräche über die Zukunft Berlins, das ein «echter Testfall» sei, abhängig. z

## Österreich

Der österreichische Ministerrat genehmigte am 2. März das Gesetz über die in Österreich hart umstrittene und in seinen westlichen Nachbarländern vielfach kritisierte Heeresreform. Das Gesetz sieht nun eine stufenweise Verkürzung des aktiven Wehrdienstes von gegenwärtig 9 auf künftig 6 Monate vor. Als Übergangslösung werden die Rekruten, die im Januar 1971 eingerückt sind, 7½ Monate im Dienst bleiben. Wehrdienstverweigerer werden nach dem neuen Gesetz, das frühestens im Mai vom Parlament verabschiedet werden kann, einen 6 Monate dauernden Ersatzdienst leisten müssen. z

## Portugal

Das Budget der portugiesischen Streitkräfte in den afrikanischen Territorien Moçambique und Angola beläuft sich nach einer Angabe im portugiesischen Amtsblatt 1971 auf über 3 Milliarden Escudos (nahezu 500 Millionen Franken). z

## Vereinigte Staaten

Am 9. März legte Verteidigungsminister Laird dem amerikanischen Kongreß das neue Verteidigungskonzept vor, das als «Strategie der realistischen Abschreckung» etikettiert wird. Es soll am Ende eines Fünfjahresplans zu «friedensmäßigen Verteidigungskosten» und zu einer Freiwilligenarmee führen. Laird bezeichnete als Hauptsäulen der «neuen Strategie»: «Angemessene Stärke, Partnerschaft und nachdrückliche Verhandlungen.» Dies schließe Präsident Nixons Ziel von der ausreichenden nuklearen Schlagkraft ein und löse die «flexible Verteidigung» der Kennedy-Johnson-Ära ab. Die «neue Strategie» soll alle denkbaren Konflikte nach Möglichkeit verhüten und die USA in begrenzte konventionelle Kriege nur dann verwickeln, wenn eine partnerschaftliche Unterstützung seitens der betroffenen Verbündeten vorausgesetzt werden könne. Amerika habe es satt, die «Weltpolizistenrolle» zu spielen, betonte Laird und fügte hinzu, daß bei sinkenden amerikanischen Verteidigungskosten nur noch die Beschränkung auf die eigene Vergeltungsschlagkraft sinnvoll sei. Endziel des neuen Verteidigungsplanes ist nach den Worten Lairds die Schaffung einer Freiwilligenarmee

von 2,5 Millionen Mann und ein Militärbudget, das 7% des amerikanischen Bruttonationaleinkommens nicht übersteigt.

Der Bestand der amerikanischen Truppen in Europa wird für die nächsten 5 Jahre mit rund 300000 Mann angegeben. Laird kündigte sodann eine engere Zusammenarbeit mit der NATO in der Rüstungsforschung und die Übernahme einzelner NATO-Ausrüstungen an, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. An der Stationierung amerikanischer taktischer Nuklearwaffen in Europa soll sich «in absehbarer Zukunft nichts ändern».

Der Vietnamkrieg ist im Verteidigungsbericht Lairds, finanziell gesehen, bereits beendet. Laird betonte mehrfach, daß der Militäretat in dem am 1. Juni dieses Jahres beginnenden Finanzjahr 1972 bereits unter dem Stand des «Vorkriegsjahres» (für Vietnam) 1964 liege.

Laird stellte im weiteren fest, daß in der Stärke der amerikanischen Verteidigungskräfte schon deshalb «zunächst» keine wesentlichen Veränderungen eingeplant werden konnten, weil die Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) mit der Sowjetunion noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Sowohl die strategischen Streitkräfte als auch die Raketenabwehr (ABM) habe man flexibel geplant, um ihr endgültiges Ausmaß je nach dem Ausgang der SALT-Gespräche nach oben oder unten verschieben zu können.

Präsident Nixon hat inzwischen den Beginn für die dritte ABM-Stellung rings um die Silos der «Minuteman»-Raketen in Missouri genehmigt. Bereits wird die noch umstrittene vierte Stellung an zwei Plätzen gleichzeitig vorbereitet, und zwar sollen «Minuteman»-Stellungen in Wyoming von ABM-Raketen geschützt und sodann Stellungen zum Schutz der Hauptstadt Washington vorbereitet werden. Die Ausrüstung der ICBM-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen treibe man voran, um die Möglichkeit zu einem vernichtenden Gegenschlag auch nach einem Überraschungsangriff zu besitzen.

Die USA haben die Sowjetunion am 9. März an der Genfer Abrüstungskonferenz aufgefordert, dem unverzüglichen Verbot aller biologischen Waffen zuzustimmen. Das Verbot chemischer Kampfstoffe sollte dagegen zurückgestellt werden, denn ein Abkommen über beide Waffenarten, wie es von der UdSSR angestrebt wird, hätte «keine Aussicht auf schnellen Fortschritt». Nach Ansicht westlicher Militärexperten in Genf besteht Moskau deshalb kompromißlos auf dem Junktim, weil es zur Zeit ein umfassendes Verbot der biologischen Waffen nicht wünsche, von denen möglicherweise große Bestände an der Grenze zur Volksrepublik China gelagert seien.

Mit Beginn des neuen Haushaltsjahres am 1. Juli 1971 werden die USA nach Angaben von Beamten der Atomenergiekommission ihre unterirdischen Atomexplosionen wegen Kürzung der finanziellen Mittel «für das Programm der friedlichen Nutzung von Kernenergie» einstellen.

Die amerikanische Marine hat 1970 rund 6700 Soldaten wegen Drogenmißbrauch entlassen; weitere 3000 wurden verwart.

Vor der Armeekommission des Repräsentantenhauses warnte der Chef des Vereinigten Generalstabes der USA, Admiral Thomas H. Moorer, vor einer militärischen Überlegenheit der Sowjetunion, welche innerhalb der nächsten 5 Jahre eintreten könnte, wenn die USA nicht für eine genügende nukleare Abschreckung

sorgten. Nach Ansicht Moorers hat die UdSSR seit Beginn der SALT-Verhandlungen die Herstellung von Interkontinentalraketen, raketenbestückten U-Booten und Antiraketen «nicht sichtbar verlangsamt».

Präsident Nixon will den Bestand der amerikanischen Truppen in Vietnam bis Ende 1972 auf 50000 Mann reduzieren. Am 1. Mai 1971 wird dieser Truppenbestand noch 284000 Mann betragen, am 31. Dezember dieses Jahres noch 200000 Mann und 1 Jahr später also dann 50000 Mann. Gegenwärtig kehren monatlich 12500 Mann aus Vietnam zurück.

Vor dem Streitkräfteausschuß des US-Repräsentantenhauses erklärte am 23. März der Direktor des amerikanischen Verbandes der Wissenschaftler, Jeremy Stone, das Safeguard-Antiraketensystem sei «unwirksam, zu teuer und trage darüber hinaus zum Wettrüsten bei.» Der Schutz durch dieses System sei zudem unbedeutend. Stone wandte sich auch gegen einen weiteren Ausbau der Rüstung durch Raketen mit atomaren Mehrfach-Sprengköpfen. z

## Warschauerpakt

Nach einer zweitägigen Konferenz der Verteidigungsminister des Warschauer Paktes in Budapest wurde am 3. März beschlossen, daß die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes unter Berücksichtigung der «ständigen Verstärkung des aggressiven NATO-Blocks» auch in Zukunft alles zur Stärkung ihrer Armeen unternehmen und sie mit moderner Bewaffnung und Technik ausrüsten sollen. Insbesondere wurden Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Nachrichtensysteme und der Führungsmethoden als notwendig erachtet. Nach ostdeutschen Quellen wurden überhaupt Fragen der Vervollkommnung der militärischen Infrastruktur der sieben Mitgliedstaaten behandelt. An dieser Tagung, an der auch der Oberkommandierende des Warschauer Paktes, Sowjetmarschall Jakubowski, teilnahm, erschien überraschenderweise auch eine starke rumänische Delegation mit dem rumänischen Verteidigungsminister, Generaloberst Ionita, an der Spitze.

Vom 15. bis 19. März waren dann nach einer Meldung der ungarischen Nachrichtenagentur die Generalstabschefs der sieben Warschauer-Pakt-Länder in Budapest versammelt. Sie hätten «Fragen der Truppenausbildung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Kampfkraft ihrer Armeen» erörtert.

Die sowjetische Regierungszeitung «Iswestija» stellte eine amerikanische Pressenachricht in Abrede, wonach die UdSSR einen Militärstützpunkt in Chile errichten wolle. z

## Sowjetunion

Als seine «größte Sorge» bezeichnete der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Südeuropa, Admiral Horacio Rivero, die von der sowjetischen U-Boot-Flotte ausgehende Bedrohung. An einem Vortrag in London erklärte der amerikanische Admiral, der militärische Aufbau der Sowjetunion im Mittelmeer, in Nordafrika und im Nahen Osten habe «einschneidenden Einfluß auf das strategische Gleichgewicht im NATO-Bereich» gehabt. Im Mittelmeer sei die sowjetische Bedrohung voll existent, während sie im Nahen Osten und in Nordafrika von der Haltung der dortigen Länder im Fall eines Konfliktes zwischen

Ost und West abhängen. Die NATO verfüge im Mittelmeer nicht über ausreichende Kräfte zur U-Boot-Abwehr.

Zum allgemeinen Gleichgewicht stellte Admiral Rivero fest, die NATO-Streitkräfte zu Land und in der Luft seien zahlenmäßig denjenigen des Ostblocks unterlegen, einzig bei den Seestreitkräften sei dies (noch) nicht der Fall. Außerdem sei die sowjetische Ausrüstung moderner. Sollte die NATO ihre wesentlichen Lücken nicht ausgleichen können, bestehe die Möglichkeit, daß im Fall eines Angriffs mit überwältigenden konventionellen Kräften die NATO entweder wesentliche Teile ihres Gebietes aufgeben oder Atomwaffen einsetzen müßte.

Nach Informationen des amerikanischen Verteidigungsministeriums sind in der Sowjetunion neue Raketenstellungen im Bau. Nach Äußerungen von Senator Henry Jackson haben die Russen eine neue und stärkere Interkontinentalrakete entwickelt. Einzelheiten darüber wurden nicht bekanntgegeben.

Die Sowjetunion hat am 22. März nach übereinstimmenden Meldungen zweier wissenschaftlicher Institute Schwedens im Gebiet von Semipalatinsk unterirdisch eine Atombombe von der Stärke einer Megatonne zur Explosion gebracht. z

## Polen

Der polnische Armeegeneral Korczyński, der bisher stellvertretender Verteidigungsminister und Generalinspektor der Landesverteidigung war, ist aus beiden Stellungen «verabschiedet» worden. Neuer stellvertretender Verteidigungsminister wurde der frühere Generalinspektor der militärischen Ausbildung, General Tuczapski. Ersetzt wurde auch Divisionsgeneral Urbanowicz, bisher politischer Chefkommissar in der Armeeleitung, dessen Posten General Jan Czaplak übernimmt. Die politische Bedeutung dieser Umbesetzungen in der Armee, zu denen noch weitere kamen, ist undurchsichtig. Armeegeneral Korczyński steht General Moczar, der als Rivale von Parteichef Gierek betrachtet wird, nahe. z

## Jugoslawien

Wie die Agentur Tanjug aus Belgrad mitteilt, hat Jugoslawien sein Militärbudget für 1971 um 862 Millionen Dinar auf 8838 Millionen erhöht. Trotzdem sank der Anteil des Verteidigungshaushalts am jugoslawischen Nationaleinkommen geringfügig auf 5,5%. Erstmals seit Bestehen der jugoslawischen Armee

erscheinen die Investitionen zur Modernisierung der Armee im Budget, wobei die Ausrüstung mit modernen Waffen, soweit möglich, aus einheimischer Fertigung erfolgen soll. Der Import militärischer Ausrüstung soll um etwa 20% reduziert werden. z

## Truppenflab

Im Zuge der Umrüstung der jugoslawischen Volksarmee auf moderne Bewaffnung aus verschiedenen Ländern wurde auch die 30-mm-Zwillingsflab tschechoslowakischer Produktion eingeführt. Das Geschütz kann sowohl auf dem leicht gepanzerten Spezialfahrzeug als auch auf Kreuzlafette eingesetzt werden. ob

## Vereinigte Arabische Republik

Der ägyptische Präsident Sadat hat, wie die halbamtliche Zeitung «Al Ahram» meldete, ein Dekret unterzeichnet, durch das die obere Altersgrenze für die Leistung des Militärdienstes von 30 auf 35 Jahre heraufgesetzt wird. Künftig werden also die ägyptischen Männer im Alter zwischen 18 und 35 Jahren zum Militärdienst einberufen werden können. Die Strafen für Deserteure seien verschärft worden.

Die Sowjetunion hat an Ägypten nach Angaben von militärischer Seite in Washington seit Beginn dieses Jahres 90 weitere Kampfflugzeuge vom Typ MiG 21 geliefert. Damit verfügt nun die ägyptische Luftwaffe über 200 MiG 21 und außerdem über 206 MiG 17 und MiG 15 sowie 120 Su 7. z

## China

Wie in Peking erst Mitte März bekanntgegeben wurde, hat die Volksrepublik China am 3. März erfolgreich einen künstlichen Satelliten gestartet, der 221 kg wiegt und die Erde in 106 Minuten umkreist. Der Abschub dieses Erdsatelliten, der von Schuang-Tscheng-Tzu in Zentralchina aus in eine Erdumlaufbahn geschossen wurde, war vom amerikanischen Verteidigungsdepartement bereits am 3. März gemeldet worden, denn der Pilot eines Flugzeugs der US-Marineluftwaffe, der sich auf einer «Mission in Südostasien» befand, hatte den Feuerschweif der startenden Rakete erkennen können. Der erste chinesische Satellit war im April 1970, ebenfalls von Zentralchina aus, gestartet worden. In Washington rechnete man bereits seit Monaten damit, daß China weitere Satelliten auf eine Umlaufbahn bringen werde. z

## Buchbesprechungen

... Verlassen von des Sieges Göttern

Von Maximilian Fretter-Pico. 202 Seiten. Kyffhäuser-Verlag, Wiesbaden 1969.

Bei dem vorliegenden Buch mit etwas pathetischem Titel handelt es sich um die erweiterte Ausgabe des im Jahre 1957 erschienenen Vorgängers «Mißbrauchte Infanterie». Das Kernstück besteht noch immer aus den Erlebnissen des Verfassers während des Zweiten Weltkrieges im Ostfeldzug. Ergänzt wird dieses nunmehr durch einige Reminiszenzen aus dem früheren militärischen Leben sowie einige Nachkriegserfahrungen und -betrachtungen.

Der Verfasser kommandierte bei Kriegsbeginn im Osten die 97. L Inf Div, später Jägerdivision, ab 1942 das XXX. AK und wurde im Sommer 1944 mit dem Oberbefehl über die 6. Armee betraut. Von Haus aus Artillerist, hat er vorwiegend infanteristische Verbände geführt, deren Leistungen er in seinem Buch ein eindrückliches Denkmal setzt. Mit Stolz und Anteilnahme beschreibt er aus der Erinnerung den langen und zunehmend schwereren Weg seiner Soldaten im Osten. Ihren Taten, ihren Märschen und ihren Kämpfen gehört dieses Buch. Die echte Nähe zum Soldaten macht denn auch Wert und Wirkung aus. Wo es hingegen – zwischenhinein und glücklicherweise selten – politische Probleme streift, wäre ihm eine kritischere und zuweilen auch differenziertere Haltung zu wünschen.

Der Verfasser schöpft aus der reichen Erfahrung des langjährigen erfolgreichen Truppenführers, und seine Schilderungen der zahlreichen Schlachten und Gefechte vermitteln zahlreiche praktische Hinweise von unverminderter Gültigkeit. Taktische Schlüsse, gefechts-technische Lehren, wie sie am Ende der verschiedenen Gefechtsabhandlungen gezogen werden, bedeuten für den Leser eigentlichen praktischen Gewinn. Wer bei uns mit der Ausbildung und Führung von Truppen betraut ist, tut gut daran, sich die Erfahrungen infanteristischer Verbände vorab im Kampf gegen überlegene mechanisierte Kräfte zu eigen zu machen. Er wird mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehmen, daß auf Grund dieser Erfahrungen ein Panzerabwehrgeschütz auf Selbstfahrlafette im Rahmen des Infanterieregimentes immer wieder als dringende Notwendigkeit bezeichnet wird (zum Beispiel Seite 58, 129, 131, 141)! Sbr

Aus dem Abgrund in die Gegenwart

Von Lothar Rendulic. 259 Seiten. Verlag Ernst Ploetz, Wolfsburg o. J.

Es ist verständlich, daß in Deutschland die Problematik der ersten Nachkriegsjahre die Gemüter weiterhin beschäftigt. Zahlreiche Autoren haben sich bemüht, die schweren Zeiten unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 in sachlicher und selbstkritischer Durchleuchtung zu überprüfen. Zu diesen Autoren zählt der einstige Generaloberst Rendulic, der am Ende des Weltkrieges Heeresgruppen führte, wahrlich nicht. Was er bietet,

